

Osterweiterung der Europäischen Union



INHALT

Seite 3 – 6	Anmerkungen für die Lehrkraft
Seite 7 – 62	27 Arbeitsblätter im Abreißblock zum Thema: <i>OSTERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION</i>
Seite 63	Literaturhinweise
Seite 64	Internetadressen

Bestellcoupon auf S. 63/64

Zum Autor:



Bruno Zandonella

Jahrgang 1957, verheiratet, zwei Kinder, lebt in Stuttgart. Er unterrichtete von 1985 bis 1990 die Fächer Deutsch, Geschichte, Gemeinschaftskunde und Ethik an der Wilhelm-Maybach-Schule (Gewerbeschule) und am Gottlieb-Daimler-Gymnasium in Stuttgart-Bad Cannstatt. Von 1990 bis

1997 leitete er das Fachreferat „Deutschland und Europa“ bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Seitdem ist er Fachabteilungsleiter (Deutsch, Gesellschaftswissenschaften, Ethik) am Gottlieb-Daimler-Gymnasium.

Arbeitsschwerpunkte: Europäische Integration, Migration, Sozialpolitik, Politische Ideengeschichte.

Veröffentlichungen: Theodor Storm. Hans und Heinz Kirch. Lesehefte für den Literaturunterricht. Stuttgart 1990; (Hg.) Europa im Griff der Mafia? Dokumentation. Stuttgart 1993; Petra Moritz/Bruno Zandonella: Europa für Einsteiger. Thema im Unterricht Nr. 5/(3. Aufl.) 2000 (hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung); Gerhart Maier/Bruno Zandonella: Baustelle Sozialstaat. Thema im Unterricht Nr. 15/2001 (hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung); verschiedene Unterrichtsmaterialien für das Fach Ethik und Gemeinschaftskunde.

Impressum

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn
E-mail der Redaktion: moeckel@bpb.de
www.bpb.de

Autor: Bruno Zandonella
Karte vom Titelbild: Dirk Anhof, Atelier Rechl, Wanfried
Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich); Pamela B. Brandt,

Gestaltung: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
Druck: Neef + Stumme, Wittingen

Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden. Bei allen gesondert bezeichneten Fotos und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen.

Haftungsausschluss: Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

1. Auflage: April 2002
ISSN 0944-8357
Bestell-Nr. 5.365

Was Sie schon immer über uns wissen sollten....

a) warum die „Themenblätter“ längst nicht so kostspielig sind, wie es auf den ersten Blick aussieht. Und
b) was es mit unseren verschiedenen Versandstellen und Adressen auf sich hat.

Also zu den Kosten: Manche Lehrkräfte meinen, wir sollten lediglich Fotokopiervorlagen herstellen; die Themenblätter kämen die SteuerzahlerInnen zu teuer. Aber: Die Druckkosten jeder Ausgabe mit Lehrer- und Arbeitsblättern liegen weit unter einem Euro (dazu kommen Honorare für AutorInnen und Grafik, Verwertungsrechte für Fotos und Karikaturen, Porto sowie unser Gehalt: doch diese fallen für Kopiervorlagen ebenso an.). Das bedeutet: jedes Heft ist erheblich billiger, als wenn Sie für jedeN SchülerIn eine (Schwarzweiß-) Fotokopie mit Vor- und Rückseite machten! Und wir wünschen uns ein bisschen Farbe für die oft ungeliebte politische Bildung und hoffen auch auf zusätzliche Nutzungsfelder, z.B. Vertretungsstunden.

Zum Versand:

1. Unsere Münchner Versandstelle, Franzis print&media, ist zuständig für **Unterrichtsmaterial**. Dieses wird kostenlos und portofrei verschickt. Was alles im aktuellen Angebot ist, finden Sie auf der „Liste der lieferbaren Ausgaben“ (siehe Bestellcoupon auf der Seite 63 in diesem Heft).
2. Die Versandstelle der **gesamten BpB** ist seit Dezember 2001 die DVG, Postfach 1149 in 5333 Meckenheim bei Bonn. Das Material, das von dort aus verschickt wird, kostet eine Bereitstellungsgebühr (in der Regel 1,50 Euro; wird ab 1 kg unfrei verschickt). Das aktuelle Gesamtprogramm der BpB mit etwa 400 Titeln ist im so genannten „Publikationsverzeichnis“ aufgelistet, das jeweils zu den Buchmessen im Frühjahr (Leipzig) und Herbst (Frankfurt) neu aufgelegt wird.

Bitte also nicht „gemischte“ Bestellungen an Franzis richten! Die müssen aussortiert, gesammelt und nach Meckenheim geschickt werden. Jede Bearbeitung müssen wir gesondert bezahlen, außerdem dauert Ihre Sendung dann viel länger.

Bestellungen an die Redaktion zu richten, macht statt Sinn nur Verdruss.

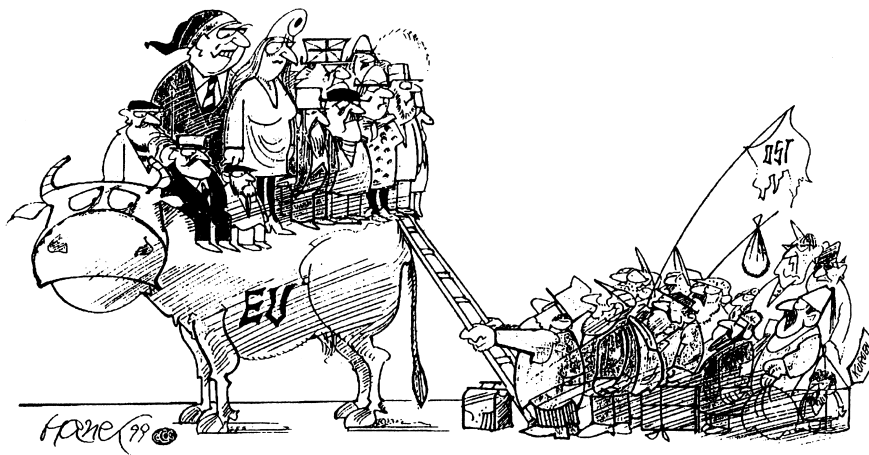
An uns können Sie jedoch sehr gern Vorschläge richten!
Es interessiert uns besonders, wie Sie die Themenblätter einsetzen, welche Themen Sie gerne bearbeiten würden und was Sie verbesserungswürdig finden.

Guten Unterricht mit den Themenblättern
wünschen Ihnen Ihre
Iris Möckel und Pamela Brandt

Bruno Zandonella

Eine bisher einmalige Erweiterung

Seit ihrer Gründung im Jahre 1957 hat sich die Europäische Gemeinschaft von den ursprünglich sechs Gründerstaaten auf 15 Mitglieder ausgedehnt. 1973 traten Dänemark, Großbritannien und Irland bei, 1981 Griechenland und 1986 Portugal und Spanien. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks änderte sich rasch die politische Landkarte: Länder wie Polen, Ungarn, Tschechien oder die baltischen Staaten wandten sich seit 1989 von der zerfallenden Sowjetunion ab und wurden zu Reformländern. Das Ende des Ost-West-Konflikts hat auch die europäische Integration beschleunigt. Zunächst sind 1995 Schweden, Finnland und Österreich der Europäischen Union beigetreten. Inzwischen haben weitere 13 Länder die EU-Mitgliedschaft beantragt: zehn Staaten Mittel- und Osteuropas (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn) sowie Malta, Zypern und die Türkei.



Zeichnung: Walter Handel

Die Erweiterung, vor der die EU heute steht, stellt schon durch ihren Umfang eine einzigartige Herausforderung dar: Mit ihrem Beitritt würde die Bevölkerung der EU um 45 Prozent auf ca. 545 Millionen anwachsen und das Unionsgebiet um 60 Prozent zunehmen. Das Bruttoinlandsprodukt dagegen würde nur um 7 Prozent ansteigen. In der für die EU kostspieligen Landwirtschaft wären dann doppelt so viele Menschen tätig wie heute. Zwar verspricht man sich von der Ausdehnung des Binnenmarktes einen wirtschaftlichen Nutzen und eine stärkere Stellung auf dem Weltmarkt. Aber die Erweiterung erzeugt auch einen erheblichen Anpassungsdruck und zwar für die Beitrittsländer wie für die Union. Die Verteilungsspielräume für EU-Gelder etwa im Rahmen der Regionalförderung werden enger und die Entscheidungsfindung innerhalb der EU-Institutionen wird noch schwieriger.

Nach dem Ende der Teilung Europas bietet die Osterweiterung aber die historisch einmalige Chance, die Integration des gesamten Kontinents voranzutreiben und die Vereinigung Europas zu verwirklichen.

Bedingungen für den Beitritt

Jeder europäische Staat kann Mitglied der Europäischen Union werden. So besagt es der Amsterdamer Vertrag, in dem das heute gültige Gemeinschaftsrecht festgelegt ist (vgl. Artikel 49 EU-Vertrag). Fraglich ist jedoch, ob alle Staaten, deren Gebiet ganz oder wie im Falle Russlands oder der Türkei nur teilweise auf dem europäischen Kontinent liegen, auch der Europäischen Union angehören sollen oder können. Die geografische Zugehörigkeit zu Europa reicht allein nicht aus, um der Gemeinschaft beizutreten. Für die anstehende Erweiterungsrunde hat der Europäische Rat auf seinem Gipfeltreffen 1993 in Kopenhagen entschieden, die oben genannten 13 assoziierten Staaten aufzunehmen. Allerdings ist ihr Beitritt an bestimmte politische und wirtschaftliche Kriterien, die sog. „Kopenhagen-Kriterien“ geknüpft.

Voraussetzungen für den EU-Beitritt (Kopenhagen-Kriterien):

Die Mitgliedschaft in der EU erfordert...

...eine institutionelle Stabilität als Garantie für die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten.

= **politisches Kriterium**

...eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten.

= **wirtschaftliches Kriterium**

...die Übernahme, Anwendung und Durchsetzung des EU-Gemeinschaftsrechts, des sog. „Acquis Communautaire“. Er umfasst die gesamte Gesetzgebung, die im Laufe der letzten 40 Jahre in der Europäischen Gemeinschaft erlassen wurde.

= **gemeinschaftliches Kriterium**

EU-
Beitritts-
Kriterien

Reif für den Beitritt? Zum aktuellen Stand des Beitrittsprozesses

Zehn der EU-Beitrittsländer sind nach dem aktuellen „Fortschrittsbericht“ der EU-Kommission vom 12. November 2001 auf dem besten Wege, noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2004 als Vollmitglieder in die Union aufgenommen zu werden. Nur Bulgarien, Rumänien und die Türkei werden länger brauchen. Alle Bewerberländer erfüllen inzwischen die politischen Kriterien, mit Ausnahme der Türkei. Auch die Stabilität der Institutionen in den einzelnen Ländern, das erlangte Maß an Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte werden gewürdigt.

Dennoch sieht die EU-Kommission im Einzelnen weiteren Reformbedarf: Angemahnt werden vor allem eine beschleunigte Justizreform und mehr Entschiedenheit bei der Bekämpfung der Korruption. Beklagt werden auch Frauen- und Kinderhandel sowie die schlechte Lage der Roma. Schwächen im Aufbau moderner Verwaltungen seien ebenfalls weit verbreitet. Die Wirtschaft habe zwar aufgeholt, aber nicht in allen Beitrittsländern im gleichen Maße. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die zehn Beitrittsländer relativ arm sind. Ihre Wirtschaftsleistung (BIP/Einwohner) beträgt weniger als die Hälfte des EU-Durchschnitts (Vgl. Arbeitsblatt, Seite B).

Ausführliche Beschreibungen der Wirtschaftssituation und Problemlagen in den einzelnen Beitrittsländern enthält der Fortschrittsbericht der EU-Kommission: → <http://europa.eu.int./comm/enlargement/report2001/index.htm>.

Ihm sind auch die folgenden Zahlen entnommen.

Schlüsselzahlen zu den Kandidatenländern (2000)

	Fläche	Bevölkerung	BIP (KKP)	Inflationsrate	Arbeitslosenquote*	Handelsbilanz	EU-Anteil an den Gesamteinfuhren	EU-Anteil an den Gesamtausfuhren
	1000 km ²	Mio Einwohner	Euro/Einwohner (EU15:22500)	Jahresdurchschnitt	% der Erwerbstätigen	Ausfuhren/Einfuhren in %	in %	in %
Bulgarien	111	8,2	5 400	10,3	16,4	74,1	51,2	44,1
Zypern	9	0,8	18 500	4,9	3,4	12,2	47,7	55,9
Tschechien	79	10,3	13 500	3,9	8,8	90,1	68,6	61,9
Estland	45	1,4	8 500	3,9	13,7	74,5	76,5	62,6
Ungarn	93	10,0	11 700	10,0	6,4	87,6	75,1	58,4
Lettland	65	2,4	6 600	2,6	14,6	58,5	64,6	52,4
Litauen	65	3,7	6 600	0,9	16,0	69,8	47,9	43,3
Malta	0,3	0,4	11 900	2,4	4,5	71,9	33,5	59,9
Polen	313	38,6	8 700	10,1	16,1	64,7	69,9	61,2
Rumänien	238	22,4	6 000	45,7	7,1	78,8	63,8	56,6
Slowakei	49	5,4	10 800	12,1	18,6	92,8	59,1	48,9
Slowenien	20	2,0	16 100	8,9	7,0	86,4	63,8	67,8
Türkei	775	65,3	6 400	54,9	6,6	50,9	52,3	48,8

*Enthält die registrierten Arbeitslosen. Da aber nicht alle Länder Arbeitslosenhilfen bezahlen, lassen sich auch nicht alle Arbeitslosen registrieren. Anm. der Red.

Vorteile, Chancen und Hoffnungen

1. Die europäische Wertegemeinschaft (Demokratie, Rechtsstaat, Marktwirtschaft) wird auf Osteuropa ausgedehnt.
2. Die Osterweiterung bietet die Chance, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Vereinigung Europas zu verwirklichen und (zusammen mit der NATO) den Frieden dauerhaft zu sichern.
3. Durch die Erweiterung wird ein größerer Binnenmarkt geschaffen. Wo das Warenangebot steigt, fallen die Preise. Für die Beitrittsländer und die EU-Staaten entstehen aus der Vergrößerung des gemeinsamen Marktes langfristige Wachstumsimpulse. Am meisten profitieren jene Staaten, die enge geografische, historische und kulturelle Beziehungen zu den Kandidatenländern unterhalten. Das sind Deutschland, Österreich und Italien.
4. Der Transformationsprozess in den mittel- und osteuropäischen Staaten wurde durch die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft gefördert.
5. Die Beitrittsländer werden bei der Modernisierung ihrer Wirtschaft durch Transferzahlungen aus EU-Programmen, durch Direktinvestitionen und rasch wachsende Handelsbeziehungen zu den Mitgliedsländern unterstützt.

Migration: Wie groß ist der Einwanderungsdruck?

Die Freizügigkeit ist neben der Finanzierung der Agrarpolitik eine der heikelsten Fragen der Ost-Erweiterung. In den osteuropäischen Staaten erreichen die Pro-Kopf-Einkommen durchschnittlich nur ein Zehntel des Niveaus der gegenwärtigen EU-Mitglieder. Diese Kluft zwischen Ost und West erzeugt zweifellos Druck auf den hiesigen Arbeitsmarkt, insbesondere wenn es um arbeitsintensive Dienstleistungen oder das Baugewerbe geht. Doch hinter Horrorszenarien über massenhafte Zuwanderung steckt meist eine gehörige Portion Heuchelei: Schon heute bedient man sich nur allzu gern der Billig-Arbeitskräfte aus Osteuropa. Meistens geht es um Jobs, die Deutsche gar nicht haben wollen. Die frühsummerliche Spargelernte in Brandenburg könnte ohne polnische Arbeiter kaum noch pünktlich eingebracht werden. Restaurants und Hotels in den österreichischen und bayrischen Touristengebieten müssten schließen, wenn nicht zur Hochsaison fleißige Hilfskräfte aus Tschechien ihre Dienste anbieten würden... Wissenschaftliche Studien belegen, dass der Einwanderungsdruck weit geringer ist als angenommen. Sie gehen davon aus, dass nach einer völligen Öffnung der Grenzen rund 335.000 Migranten in die alten EU-Länder kommen werden. Erfahrungen mit dem EU-Beitritt Spaniens, Portugals und Griechenlands in den achtziger Jahren zeigen, dass die meisten Menschen lieber in ihrer Heimat bleiben. Das Lohnniveau ist dabei weniger wichtig als eine wirtschaftliche Perspektive.

→ www.Sueddeutsche.de/sz/printv.php?url=ausland/dossier

Kosten, Risiken und Ängste

1. Den Beitrittsländern fällt es besonders schwer, eine Einschränkung der gerade erst (wieder-) gewonnenen nationalen Souveränität zugunsten einer Mitgliedschaft in der EU in Kauf zu nehmen.
2. Ökonomisch werden langfristig zwar alle von der erweiterten Union profitieren, aber kurzfristig werden mehr Altmitglieder zu Nettozahlern, d.h. sie zahlen mehr ein, als sie an Strukturmitteln und Fördergeldern von der EU zurückbekommen. Bis 2006 gibt die EU jährlich 80 Mrd. Euro für die Erweiterung aus, ein Betrag, der nach Expertenmeinung nicht ausreichen wird.
3. Auf beiden Seiten gibt es Ängste aufgrund des wirtschaftlichen Entwicklungsunterschiedes zwischen den bisherigen EU-Ländern und den Beitrittsländern. Im Westen fürchtet man, dass das deutliche Lohngefälle zu einer Masseneinwanderung von Arbeitskräften von Ost- nach Westeuropa führen wird. In den Beitrittsländern dagegen regt sich Widerstand gegen den Ausverkauf an Land und Immobilien an die finanzstarken Westeuropäer.
4. Der Anpassungsdruck auf bestimmte Regionen und Wirtschaftszweige wird in den Beitrittsländern und in den derzeitigen Mitgliedsstaaten steigen. In den Altländern befürchtet man, dass aus Kostengründen vermehrt Arbeitsplätze in die neuen Mitgliedsstaaten verlegt werden könnten. Dagegen fürchten Unternehmen in den Beitrittsländern, dass sie dem Wettbewerb mit technologisch weiter fortgeschrittenen Produzenten im Westen nicht gewachsen sind.
5. Die Heterogenität in der erweiterten Union wird zunehmen. Die größeren Interessensunterschiede (z.B. zwischen „armen“ und „reichen“ Mitgliedsstaaten) werden die ohnehin komplizierte Entscheidungs- und Kompromissfindung innerhalb der Union noch mehr erschweren.

Problem Landwirtschaft

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors ist in den mittel- und osteuropäischen Staaten – gemessen an den Anteilen am Bruttoinlandsprodukt und an der Beschäftigung – deutlich größer als im EU-Durchschnitt. Die Landwirtschaft innerhalb der EU weist aber eine deutlich höhere Produktivität auf: In Polen arbeiteten z.B. 1998 19,1% der Beschäftigten in der Landwirtschaft (EU15: 5,2 %), aber sie erwirtschafteten nur 4,8 % des BIP (EU15: 2,3%). Würde die „Gemeinsame Agrarpolitik der EU“ (GAP) unverändert auf die mittel- und osteuropäischen Staaten übertragen, so müssten dort auch die Preise für Agrarprodukte und Lebensmittel deutlich auf EU-Niveau angehoben werden. Dies hätte negative Folgen für die Akzeptanz eines EU-Beitritts in der Bevölkerung, ganz abgesehen davon, dass die EU-Haushaltsmittel nicht ausreichen. Eine Ausdehnung der Direktzahlungen auf die Beitrittsstaaten hat die EU deshalb nicht vorgesehen. Direktzahlungen sollen die Einkommensausfälle der Landwirte infolge von Preissenkungen ausgleichen. Sie machen inzwischen 70% der gesamten Agrarausgaben der EU aus. Da die Landwirte in den neuen Mitgliedsstaaten von den Preissenkungen nicht betroffen seien, so argumentiert die Kommission, hätten sie auch keinen Anspruch auf Ausgleichszahlungen. Fraglich ist jedoch, ob in einer erweiterten EU auf Dauer Landwirte in Westeuropa subventioniert werden können, während ihre Kollegen in Osteuropa diese Zahlungen aus dem EU-Haushalt nicht erhalten.

Auch die EU muss sich ändern

Zur Vorbereitung der Osterweiterung muss die EU zum einen ihre Politikbereiche (z.B. die Agrarpolitik) reformieren, zum anderen muss sie auch ihre Institutionen und Strukturen an eine wachsende Mitgliederzahl anpassen. Ohne Reform der Institutionen würde die Arbeitsfähigkeit von Rat, Kommission und Parlament untergraben. Der Europäische Rat hat im Jahr 2000 auf seinem Gipfel in Nizza notwendige Reformschritte beschlossen. Vgl. dazu:
→ http://europa.eu.int/comm/nice_treaty/index_de.htm

Zur Verwendung des Arbeitsblattes

Das Arbeitsblatt nimmt die Osterweiterung als Ganzes in den Blick. Es soll – soweit das in der Kürze machbar ist – als Einstieg in dieses komplexe Thema möglichst viele Aspekte ansprechen. Einzelne Themenbereiche (Agrarreform, Strukturwandel oder Reform der EU-Institutionen) sollten je nach Zeitbudget oder Interesse der Schüler/innen vertieft werden. Als Ergänzung wäre es sinnvoll, die abstrakten Fragen am Beispiel eines Landes zu konkretisieren und zu veranschaulichen. Von Vorteil ist es, wenn in den Grenzregionen zu Polen oder Tschechien oder aufgrund von Schul- bzw. Städtepartnerschaften auf eigene Erfahrungen zurückgegriffen werden kann. Spezielle Länderinformationen bieten u.a. folgende Internet-Adressen:

→ <http://asg.physik.uni-erlangen.de/europa/eugmap.htm>

→ <http://www.europa-wird-bunter.de/home2.html>

→ <http://europa.eu.int/comm/enlargement/overview.htm>

1. Die Schülerinnen und Schüler können sich anhand der Landkarte (Arbeitsblatt, Seite A) über die bisherige und zukünftige Ausdehnung der EU informieren. Die Aufgaben motivieren die Schülerinnen und Schüler, über Größe und zukünftige Gestalt der Europäischen Union nachzudenken. Dies führt zwangsläufig zu der Frage, was unter Europa überhaupt zu verstehen ist: Eine Wertegemeinschaft? Eine Wirtschaftsvereinigung? Ist Europa geografisch zu definieren oder ein Raum gleicher historischer und kultureller Prägung?
2. Anschließend werden die Ergebnisse dieses Gesprächs mit den Beitrittskriterien der EU verglichen. Anhand der Wirtschaftsdaten kann untersucht werden, inwieweit die Kandidatenländer für die Mitgliedschaft in der EU vorbereitet sind (Arbeitsblatt, Seite B).
3. Wichtig ist der Hinweis, dass auch die EU sich grundlegend reformieren muss, um für die Ost-Erweiterung bereit zu sein (vgl. Zitat des Bundesaußenministers). Für eine Erörterung dieser Frage sind Kenntnisse über den Aufbau der EU-Institutionen nötig (vgl. Themenblätter Nr. 10: Wer macht was in Europa?). Am Ende könnte die Unterrichtseinheit in eine Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union (Staatenverbund oder Bundesstaat?) münden.

Bruno Zandonella

Osterweiterung der EU

Wie groß soll die Europäische Union werden?



Karte: Dirk Anhof, Atelier RechI, Wanfried

- ▶ Die Europäische Union steht vor der größten Erweiterung ihrer Geschichte. Wie groß soll sie Ihrer Meinung nach überhaupt werden? Zeichnen Sie die mögliche Außengrenze in die Karte.
- ▶ Sollen in Zukunft alle europäischen Länder in die Europäische Union aufgenommen werden? Zeichnen Sie zum Vergleich auch die geografische Grenze des europäischen Kontinents ein.
- ▶ Begründen Sie Ihre Ansicht, indem Sie die folgenden Aussagen ergänzen:

1. ✎ ...soll/soll nicht Mitglied der EU werden, weil...

2. ✎ ...soll/soll nicht Mitglied der EU werden, weil...

3. ✎ ...soll/soll nicht Mitglied der EU werden, weil...

4. ✎ ...soll/soll nicht Mitglied der EU werden, weil...

✎ Alle Länder Europas sollten in die EU aufgenommen werden, weil...

Vergleichen Sie Ihr Ergebnis mit der Europakarte auf den neuen Euro-Banknoten. Von welchem Europa gehen sie aus?

Joker-Frage: Welche Gebiete der Europäischen Union sind nicht auf der Karte?

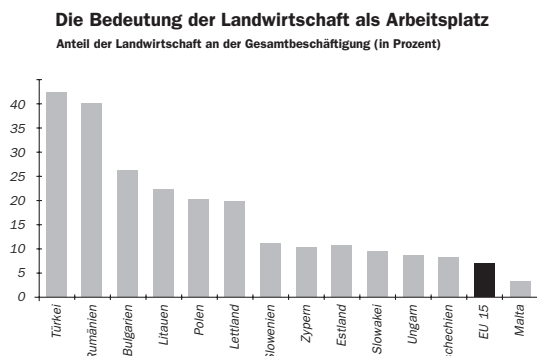
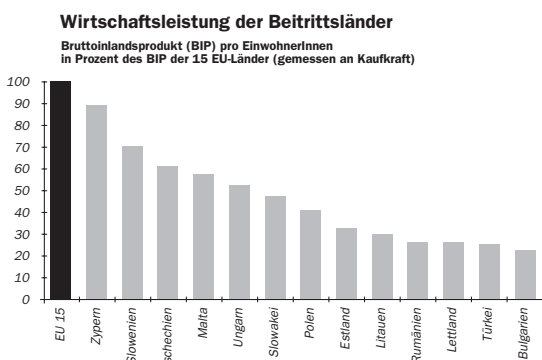
Wer kann EU-Mitglied werden?

Der Vertrag von Amsterdam besagt: „Jeder europäische Staat, der die in Artikel 6 Absatz 1 genannten Grundsätze achtet, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden“ (Art. 49 EU-Vertrag). Der Artikel 6 bestimmt folgendes: „Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.“

Daneben fordert die EU von den Beitrittsstaaten auch eine funktionsfähige Marktwirtschaft, die dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standhalten kann. Außerdem müssen die Beitrittskandidaten alle bisher in der EU geltenden Gesetze und Regelungen übernehmen und durch ihre nationale Verwaltungen umsetzen. Dieser so genannte „Acquis communautaire“ umfasst inzwischen mehr als 80.000 Seiten Rechtsvorschriften.

1. Stimmen diese Forderungen mit Ihren Vorstellungen eines zukünftigen Europas überein?
2. Wie weit kann sich die Europäische Union nach diesen Kriterien noch ausdehnen?

Sind die Kandidaten, ist die Europäische Union fit für den Beitritt?



Quelle: <http://europa.eu.int/eurostat.html>

Bundesaußenminister Fischer: Die Erweiterung wird Europa verändern

„Die Erweiterung wird eine grundlegende Reform der europäischen Institutionen unverzichtbar machen. Wie stellt man sich eigentlich einen Europäischen Rat mit dreißig Staats- und Regierungschefs vor? Dreißig Präsidentschaften? Wie lange werden Ratssitzungen dann eigentlich dauern? Tage oder gar Wochen? Wie soll man in dem heutigen Institutionengefüge der EU nahezu dreißig Interessen ausgleichen, Beschlüsse fassen und dann noch handeln? Wie will man verhindern, dass die EU damit endgültig intransparent (= undurchschaubar), die Kompromisse immer unfasslicher und merkwürdiger werden, und die Akzeptanz der EU bei den Unionsbürgern schließlich weit unter den Gefrierpunkt sinken wird?“

Fragen über Fragen, auf die es allerdings eine ganz einfache Antwort gibt: den Übergang vom Staatenverbund der Union hin zur vollen Parlamentarisierung in einer Europäischen Föderation (= Bundesstaat)... Und d.h. nichts geringeres als ein europäisches Parlament und eine ebensolche Regierung, die tatsächlich die gesetzgebende und die exekutive Gewalt innerhalb der Föderation ausüben.“

Auszug aus der Rede vom 12.5.2000 an der Humboldt-Universität Berlin. Text und Diskussion unter:

→ www.auswaertiges-amt.de

- ▶ Im jüngsten „Fortschrittsbericht“ zur Erweiterung stellt die Europäische Kommission fest: „Zehn der EU-Beitrittsanwärter sind auf dem besten Weg, noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 als Vollmitglieder in die Union aufgenommen zu werden. Nur Bulgarien, Rumänien und die Türkei werden länger brauchen.“
(→ <http://europa.eu.int/comm/enlargement/report2001/index/htm>) Teilen Sie diese Auffassung?
- ▶ Informieren Sie sich über ein Beitrittsland, das Sie besonders interessiert und teilen Sie die Ergebnisse Ihren Mitschüler/innen mit (→ www.asg.physik.uni-erlangen.de/europa/eugmap.html enthält zu allen europäischen Ländern Informationen über Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur).
- ▶ Welche Reformen werden in der EU durch die Erweiterung notwendig? Halten Sie die Bildung eines europäischen Bundesstaates, die Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“, für wünschenswert und realisierbar?



Literaturhinweise

Sachbücher und Sammelbände:

- Bachmann, Klaus: *Polens Uhren gehen anders*. Warschau vor der Osterweiterung der Europäischen Union. Stuttgart/Leipzig: Hohenheim Verlag 2001.
- Bertelsmann Stiftung; Forschungsgruppe Europa (Hrsg.): *Kosten, Nutzen und Chancen der Osterweiterung für die Europäische Union*. Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 1998.
- Busch, Berthold: *Die Osterweiterung der Europäischen Union*. Köln: Deutscher Instituts-Verlag 1999.
- Heitzer-Susa, Elke: *Die ökonomische Dimension der EU-Osterweiterung: Eine Analyse spezifischer Einflußkanäle zur Ermittlung von Chancen und Risiken in ausgewählten Regionen der EU*. Baden-Baden: Nomos Verlagsges. 2001.
- Hrbek, Rudolf (Hrsg.): *Die Osterweiterung der Europäischen Union*. Problemfelder und Lösungsansätze aus deutscher und ungarischer Sicht. Tübingen: Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung 2000.
- Wagener, Hans-Jürgen/Fritz, Heiko (Hrsg.): *Im Osten was Neues*. Aspekte der Osterweiterung. Bonn: Dietz 1998.
- Wielgroß, Tanja: *Die Europäische Union vor ihrer ersten Osterweiterung - Vorbereitung, Probleme und Konsequenzen*. Berlin: Logos Verlag 1999.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): *Die Türkei vor den Toren Europas*. Der Bürger im Staat, Heft 1/2000.

Materialien für den Unterricht:

- Dreyer, Manfred: *EU-Osterweiterung*. Europa erweitern oder vertiefen. Politik betrifft uns, Nr. 5/2000. Aachen: Bergmoser + Höller Verlag, 2000.
- Dreyer, Manfred: *Europäische Union. Quo Vadis?* Politik betrifft uns, Nr. 5/2001. Aachen: Bergmoser + Höller Verlag, 2001. EU-Erweiterung nach Osten. Wochenschau Sek. II, 51. Jg., Nr.3/2000. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2000.
- Schelonke, Michael: *Die Zukunft Europas - Europapolitik vor neuen Herausforderungen*. Paderborn: Schöningh 2001. Die Osterweiterung der EU - Chancen und Probleme. Metzler Aktuell im Schroedel Verlag, Hannover Nr. 9/2000.

Schriften und Materialien der

Bundeszentrale für politische Bildung:

- Fritzer, Marc/Unser, Günther: *Die europäische Union* 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage, 2001 Bestell-Nr. 1.369
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Europa-Handbuch* Schriftenreihe Bd. 373, 2002 Bestell-Nr. 1.373
- Gasteyer, Curt *Europa von der Spaltung bis zur Einigung* Darstellung und Dokumentation Schriftenreihe Bd. 369, vollst. überarb. und akt. Neuauflage 2001 Bestell-Nr. 1.369
- Informationen zur politischen Bildung Nr. 213: *Europäische Union* (überarb. Neuaufl. 2000) Bestell. Nr. 4.213
- Kontrovers *Die Zukunft der Europäischen Union (2000)* Bestell-Nr. 5.007
- Arbeitshilfen für die politische Bildung *Europa an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*. Reform und Zukunft der Europäischen Union Bonn 1998, Nachdruck 2000 Bestell-Nr. 2.416
- Faltkarte Europa Format 40x50 cm (gefalzt), Vorderseite politisch, Rückseite physisch-geographisch. Bestell-Nr. 5.652
- Das Parlament, 51. Jg./Nr. 1 – 2 (vom 12.1.2001) *Die Osterweiterung der Europäischen Union*. Hrsg. v. Deutschen Bundestag Aus Politik und Zeitgeschichte B 1 – 2/2002 Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* v. 4.1.2002

Bestellcoupon

Bitte senden Sie mir kostenlos und portofrei:

- _____ Exemplare **Nr. 1 Menschliche Embryonen als Ersatzteillager?** Bestell-Nr. 5.351
- _____ Exemplare **Nr. 2 Die Ökosteuer in der Diskussion** Bestell-Nr. 5.352
- _____ Exemplare **Nr. 3 Was wissen Sie eigentlich vom Bundestag?/Was aus unserem Bundesstaat werden könnte und was nicht** Bestell-Nr. 5.353
- _____ Exemplare **Nr. 4: Demokratie: Was ist das?** Bestell-Nr. 5.354
- _____ Exemplare **Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn** Bestell-Nr. 5.355
- _____ Exemplare **Nr. 6: Deutschland, deine Inländer** Bestell-Nr. 5.356
- _____ Exemplare **Nr. 7: Neuer Markt: Internet und Copyright** Bestell-Nr. 5.357
- _____ Exemplare **Nr. 8: Zivilcourage: Eingreifen statt zuschauen!** Bestell-Nr. 5.358
- _____ Exemplare **Nr. 9: Pop und Politik** Bestell-Nr. 5.359
- _____ Exemplare **Nr. 10: Wer macht was in Europa?** Bestell-Nr. 5.360
- _____ Exemplare **Nr. 11: Geben und Nehmen im Bundesstaat** Bestell-Nr. 5.361
- _____ Exemplare **Nr. 12: Krieg oder Frieden?** Bestell-Nr. 5.362
- _____ Exemplare **Nr. 13: Terror und Rechtsstaat** Bestell-Nr. 5.363
- _____ Exemplare **Nr. 14: Erinnern und Verschweigen** Bestell-Nr. 5.364

- _____ Exemplare **Nr. 15: Die Osterweiterung der Europäischen Union** Bestell-Nr. 5.365
- _____ Exemplare **Nr. 16: Mobbing** Bestell-Nr. 5.366
- _____ Exemplare **Nr. 17: Religion und Gewalt** Bestell-Nr. 5.367
- _____ Exemplare **Nr. 18: Schule und was dann?** Bestell-Nr. 5.368

Alle Themenblätter im Unterricht sind auch im Internet unter www.bpb.de → „Online-Publikationen“.

- _____ Exemplare „**Grundgesetz für Einsteiger und Fortgeschrittene**“, Bestell-Nr. 5.317, Arbeitsmappe mit 48 aktivierenden Arbeitsblättern (maximale Bestellmöglichkeit: 30 Exemplare; lieferbar ab Mai 2002)
- _____ Exemplare „**Methoden-Kiste**“ Bestell-Nr. 5.340

Verzeichnis der lieferbaren Unterrichtsmaterialien, Bestell-Nr. 999 (wird ca. alle 6 Wochen aktualisiert)

Internet- und Kontaktadressen

Zum Thema:

Überblick über die EU-Erweiterung:

- www.europa.eu.int
- www.eu-kommission.de
- www.lehrer-online.de
- www.europa-wird-bunter.de/home2.html
- www.eu.erweiterung.nrw.de

Hintergrundinformation zum Beitrittsprozess:

- www.europa.eu.int/comm/dgs/enlargement/index_de.htm
Europäische Kommission / Generaldirektion Erweiterung: leitet die Beitrittsverhandlungen mit den Kandidatenländern
- europa.eu.int/comm/enlargement/report2001/strategy_de.pdf
Fortschrittsberichte über den aktuellen Stand der Beitrittsverhandlungen
- www.europarl.eu.int/enlargement/briefings/index2_de.htm
Stellungnahmen und Berichte des EU-Parlaments
- <http://europa.eu.int/eurostat.html>
Statistisches Material und Vergleiche über die Mitglieds- und Beitrittsländer
- www.unimannheim.de/users/ddz/edz/edz.html
Europäisches Dokumentationszentrum mit übersichtlichen Links zu allen EU-Institutionen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen mit Schwerpunkt Europa

Informationen über die Beitrittsländer:

- www.asg.physik.uni-erlangen.de/europa/eugmap.htm
Überblick über Geschichte, Kultur, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik aller europäischer Staaten mit Landkarten, Statistiken und nützlichen Links zu den einzelnen Ländern.

- www.europa-digital.de/laender
- www.wdr5.de/funkhauseuropa/links
- www.europa.eu.int/abc/governments/others/index_de.html
- www.berlin.de/home/Land/RBm-SKzl/bund/botschaften/index.htm
Adressenliste aller Botschaften in Deutschland

Informationsmaterial / Kontaktadressen

- Europäisches Parlament
- www.europarl.de

Informationsbüro Berlin

Unter den Linden 78
10117 Berlin
Tel. 0 30 / 22 80 - 1000
Fax 0 30 / 22 80 - 1111
E-Mail: epberlin@europarl.eu.int

Informationsbüro München

Erhardtstraße 27
80331 München
Tel. 0 89 / 2 02 08 79 - 0
Fax. 0 89 / 2 02 08 79 - 73
E-Mail: epmuenchen@europarl.eu.int

Europäische Kommission

- www.eu-kommission.de

Vertretung in Berlin

Unter den Linden 78
10117 Berlin
Tel. 030 / 22 80 - 20 00
Fax 030 / 22 80 - 22 22
E-Mail: eu-berlin@deutschland.dg10-bur.cec.be

Vertretung in Bonn

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4
D-53111 Bonn
Tel. 02 28 / 530 09 - 0
Fax 02 28 / 530 09 - 50

Vertretung in München

Erhardtstraße 27
D-80331 München
Tel. 089 / 2424 48 - 0
Fax 089 / 2424 48 15

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

- www.bundesregierung.de

Briefanschrift: 11044 Berlin
Infos und Broschüren
(Bestellungen rund um die Uhr):
Tel. 0 18 05 / 22 - 19 96
Fax 0 18 05 / 22 - 19 97
E-Mail: InternetPost@bundesregierung.de

Auswärtiges Amt

- www.auswaertiges-amt.de

Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Postanschrift: 11013 Berlin
Tel. 0 18 88 / 17 - 0
Fax 0 18 88 / 17 - 34 02
→ www.auswaertiges-amt.de

Allgemein:

Bundeszentrale für politische Bildung

Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn
Tel. 0 18 88 / 5 15 - 0
Fax 0 18 88 / 5 15 - 1 13
Internet: www.bpb.de

- www.fluter.de

Das Jugendportal der bpb.

Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik, 11011 Berlin
Tel. 0 30 / 2 27 - 2 74 53 / -2 79 69 / - 0
Fax 0 30 / 2 27 - 2 65 06
→ www.bundestag.de



Fax: 0 89 / 5 11 72 92

E-Mail: infoservice@franzis-online.de

Firma

Franzis' print & media

Postfach 15 07 40

80045 München

Lieferanschrift

VORNAME:

NAME:

KLASSE/KURS:

SCHULE:

STRASSE:

PLZ/ORT: